

THEMA IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

Der Bundesparteitag in Karlsruhe war ein Zeichen des programmatischen und personellen Aufbruchs der SPD. Wir haben mit Matthias Platzeck einen hervorragenden Parteivorsitzenden gewählt, der schon in seiner ersten Rede gezeigt hat, wie er die Partei erneuern will, dass er die Partei begeistern kann.

Zwei Wochen nach der Krise, die durch den Streit im Parteivorstand über den Posten des Generalsekretärs entstanden war, geht die SPD geschlossen wie schon lange nicht mehr in die Große Koalition.

Das Signal aus Karlsruhe ist gut für die Partei – und gut für Deutschland. Wir haben gezeigt, dass wir die Herausforderungen, die vor der neuen Bundesregierung liegen, engagiert anpacken wollen. Der zwischen SPD, CDU und CSU ausgehandelte Koalitionsvertrag ist dafür eine gute Grundlage. Bei den Koalitionsverhandlungen hat keine Partei ihre Maximalforderungen durchsetzen könne.

Aber Matthias Platzeck hat Recht: Wir sollten jetzt nicht darüber streiten, wer mehr Kröten geschluckt hat. Wir müssen uns in Zukunft weniger mit uns selbst beschäftigen, als mit den Problemen der Menschen. Das gilt für die Bundesebene – aber auch für Niedersachsen.

Euer

W. Jüttner



Wolfgang Jüttner

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Symposium »Perspektiven der Landeskrankenhäuser«

am Montag, den 21. November 2005, von 10.00 Uhr – 16.30 Uhr
im Design-Hotel Wienecke XI, Hildesheimer Straße 380, Hannover.
Mit dem Auto und dem ÖPNV gut zu erreichen.

Die Landesregierung hat beschlossen, die zehn Landeskrankenhäuser in Niedersachsen zu verkaufen. Betroffen wären 10 Landeskrankenhäuser mit rund 6.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Inzwischen mehren sich die kritischen Stimmen: Welche Auswirkungen hätte ein Verkauf auf die Arbeitsplätze? Kann ein privater Investor die hohe Qualität der psychiatrischen Versorgung beibehalten? Und was ist mit der Sicherheit im Maßregelvollzug? Diese und andere Fragen stehen im Mittelpunkt eines Symposiums in Hannover, zu dem wir alle Interessierten herzlich einladen.

Näheres zum Symposium findest du auf unserer Internetseite unter www.spd-landtag-nds.de

Bitte melde dich an unter Telefon 0511/3030-4008
Fax 0511/3030-4809 oder per E-Mail an:
Renate.Moelbitz@LT.Niedersachsen.de



NIEDERSACHSEN BRAUCHT PERSPEKTIVEN.

Landtagsfraktion
Niedersachsen

SPD

Haushaltsklausur der SPD-Landtagsfraktion: Haushaltspolitik der Landesregierung ohne Perspektiven

Am 7./8. 11. 2005 führte die Landtagsfraktion ihre Haushaltsklausur in Melle durch. Nach genauer Analyse des Haushaltsentwurfes der Landesregierung für das Jahr 2006 ist klar: Es klafft eine Riesenlücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Die CDU/FDP-Regierung ist mit ihrer Haushaltspolitik komplett gescheitert. Wie schon alle anderen Haushaltspläne zuvor, ist auch der Haushalt 2006 erneut unseriös, unwirtschaftlich, unsozial und verfassungswidrig.

- Die Wulff-Regierung täuscht bei der Senkung der Neuverschuldung. Öffentlich stellt sie sich als Garant für eine Haushaltskonsolidierung dar und behauptet, sie baue die Neuverschuldung jährlich um 350 Mio. Euro ab. Real hat sie aber mit Schattenhaushalten bis heute 7,8 Mrd. Euro neue Schulden gemacht. Und dies, obwohl sie gegenüber der alten SPD-Regierung Mehreinnahmen von 4,1 Mrd. Euro (2,2 Mrd. Steuern u. 1,9 Mrd. aus Vermögensverkäufen) hat.
- Dem »Anscheinerwecken« bei der Senkung der Schulden steht die bewusste Nichtinanspruchnahme von Einnahmemöglichkeiten gegenüber. Nach dem Motto »Erst die Partei und dann das Land« hat die Landesregierung aus parteipolitischen Erwägungen im Bundesrat die Blockadepolitik der CDU beim Abbau von Subventionen unterstützt und damit bisher über 1 Mrd. Euro in den Wind geschlagen.
- CDU/FDP stellen die Weichen falsch. Viel Geld wird für verfehlte Reformen rausgeworfen und aus Einsparungen werden tatsächlich Belastungen für den Landeshaushalt und die Wirtschaftskraft des Landes.
So verschlang z. B. die Schulreform 1.161 Lehrerstellen (das sind Mehrkosten von rund 62 Mio. Euro), die für die Unterrichtsversorgung nicht zur Verfügung stehen. Zusammen mit den gleichzeitig vorgenommenen Streichungen von Lehrerstellen verschlechtert dies die Unterrichtsversorgung.
Der Haushalt 2006 weist mit 7,1 % eine historisch niedrige Investitionsquote aus. Bis 2008 soll sie sogar noch auf 6,7 % abfallen. So kann die Infrastruktur des Landes u. a. in den Bereichen Wissenschaft und Verkehr nicht ausgebaut werden. Für eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik stehen keine Mittel zur Verfügung.



V.l.n.r.: Heiner Bartling, Karin Stief-Kreihe, Diter Möhrmann und Wolfgang Jüttner

Mit dem 2006 vorgelegten Haushalt werden die strukturellen Finanzprobleme des Landes nicht gelöst. Im Haushalt klafft eine Lücke von 2,8 Mrd. Euro, Wulff will aber nur 15 Mio. Euro einsparen. Die Bundestagswahl im Herbst 2005 sollte nicht durch Konflikte um Haushaltskürzungen belastet werden.

Aber selbst diese geringen Einschnitte werden erneut zu ca. einem Drittel im sozialen Bereich vorgenommen. So z. B. bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der Lernmittelausleihe oder den Finanzhilfen für Kitas.

Der Haushaltsplanentwurf 2006 verstößt erneut gegen geltendes Haushalts- und Verfassungsrecht. Der Landesrechnungshof stellt fest: »Wie schon die Haushalte der Vorjahre ist auch der Haushalt 2006 – gemessen an (...) Artikel 71 der Nds. Landesverfassung – verfassungswidrig.«

Demgegenüber hat die SPD-Fraktion ein klares Ziel: der handlungsfähige »Staat in Verantwortung«. Angesichts der knappen Einnahmen müssen Land und Kommunen schlanker werden, um ihre Aufgaben mit geringeren Ressourcen bewältigen zu können. Sie müssen aber gleichzeitig auch stark genug sein, um den Menschen ausreichende soziale, ökologische und

rechtliche Rahmenbedingungen garantieren zu können.

Wir haben deshalb in Melle klare Alternativen

1. für die Verbesserung der kommunalen Finanzen,
 2. für bessere Bildungschancen unserer Kinder,
 3. für ein sozialeres Niedersachsen,
 4. aber auch für den Abbau der Verschuldung
- erarbeitet und werden diese in den Landtag einbringen.

Unsere Vorschläge stehen allerdings noch unter dem Vorbehalt der Ergebnisse der Koalitionsrunden in Berlin. Dort werden wahrscheinlich endlich Beschlüsse zum Abbau von Subventionen und zur Neuordnung der föderalen Finanzen gefasst, die auch für Niedersachsen Mehreinnahmen im mehrstelligen Millionenbereich bringen werden. Wir werden diese Mittel dann in die Systematik unser Beschlüsse einbauen.

Die vollständigen Beschlüsse stehen im Internet unter <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=7630&lang=de>

Solidarität mit Blinden zeigen! Unterstützt das Volksbegehren zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes

Die erste Hürde ist genommen. Über 120.000 Menschen unterstützen inzwischen mit ihrer Unterschrift die Initiative des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Niedersachsen für das Volksbegehren zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes. Nun ist die Landesregierung am Zuge. Sie muss prüfen, ob das Begehren rechtlich zulässig ist. Wenn dies bejaht wird, wovon auszugehen ist, dann bleibt noch ein halbes Jahr Zeit, weitere etwa 480.000 Unterschriften zu sammeln, damit das Volksbegehren erfolgreich ist.

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt von Anfang diese Initiative. Denn seit dem Regierungswechsel 2003 reduziert die CDU/FDP Landesregierung behinderte Menschen auf bloße Almosenempfänger.

2004 wurde das Landesblindengeld zunächst um 20 % auf 409,00 Euro gesenkt und den Blinden versprochen, mit dieser Vorleistung werde künftig das Blindengeld nicht mehr angetastet. Schon 12 Monate später galt dieses Versprechen nicht mehr: Seit 2005 gibt es kein Landesblindengeld mehr in der bisherigen Form. Dies ist ein bundesweit einmaliger Schlag gegen blinde Menschen.

75 % aller blinden Menschen sind über 60 Jahre alt. 8 von 10 sind mehrfach-behindert, manche sogar taubblind. Ohne Blindengeld werden viele der 12.000 Zivilblinden in Niedersachsen wieder in die

Isolation getrieben – und mittelfristig in die Heime abgeschoben.

Zahlreiche Blinde mussten inzwischen Sozialhilfe beantragen. Dass 70% dieser Anträge bewilligt wurden, zeigt: Beim Blindengeld handelte es sich nicht um eine Art Luxusversorgung für blinde Menschen. Die Zahlen belegen außerdem: Der von Ministerin von der Leyen hochgelobte Sonderfonds für Härtefälle funktioniert nicht.

Helft deshalb mit, blinden Menschen ihr Selbstbestimmungsrecht und ihr Selbstwertgefühl zurückzugeben. Zeigt mit eurer Unterschrift, dass Niedersachsen kein Land der Herzlosen ist.

Die Unterschriftenliste kann im Internet heruntergeladen werden unter: <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=7012&lang=de>

 SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Volksbegehren für den Erhalt des Blindengeldes.
Gegen soziale Kälte in Niedersachsen.



www.spd-landtag-nds.de

Wir senden euch die Unterschriftenliste auch gerne zu. Bitte einfach anrufen unter 0511/30 30-40 07 oder schreiben an:

SPD-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Referat 3
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Aktuelle Zahlen zu den Übergängen auf die weiterführenden Schulen

Die Anmeldezahlen für die Hauptschulen in Niedersachsen sind in diesem Jahr auf einen historischen Tiefstand gesunken. Nur noch 16,5 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in der fünften Klasse besuchen diese Schulform. Im Vorjahr waren es noch 17,7 Prozent.

Fast die Hälfte der rund 500 Hauptschulen in Niedersachsen hat nur eine Klasse im 5. Schuljahrgang und ist damit langfristig kaum überlebensfähig. Das geht aus der Antwort des Kultusministeriums auf eine Anfrage des Arbeitskreises Kultus hervor (Drs. 15 /2349). Zu Schuljahresbeginn war der Kultusminister noch davon ausgegangen, dass 17,9 Prozent aller Fünftklässler die Hauptschule besuchen würden.

Bemerkenswert ist ein starkes Stadt-Land-Gefälle. Besonders niedrige Anmeldezahlen gab es in

- der Stadt Hannover (8,9 %) und der Region Hannover (9,7 %),
- Braunschweig (9,8 %) und
- Oldenburg (11,0 %).

Relativ stark wurden Hauptschulplätze in den Landkreisen

- Cloppenburg (26,5 %),
- Friesland (24,4 %) und
- Leer (24,2 %)

nachgefragt, die alle im Bereich des ehemaligen Regierungsbezirks Weser-Ems liegen. Im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg ragen die Landkreise Celle mit 22,4% und Soltau-Fallingb. mit 22,3% der Anmeldungen zur Hauptschule heraus.

Den Spitzenplatz unter den Schulformen des Sekundarbereichs I hat auch in diesem Jahr wieder das Gymnasium belegt. Mit 41,4 % der Anmeldungen (Grundschulempfehlung 36,9 %) hat diese Schulform den Abstand zur Realschule (36,5 %)



Ingrid Eckel,
schulpolitische Sprecherin

noch einmal vergrößert. Mehr als 50 % der Grundschulabsolventen wurden in

den Städten Braunschweig, Osnabrück, Oldenburg und Emden sowie im Landkreis Schaumburg von ihren Eltern zum Gymnasium angemeldet. Dass die Landeshauptstadt (47,1 %) nicht zu den Spitzenreitern gehört liegt daran, dass in dieser Stadt 23,6 % der Kinder in die 5. Klasse einer Gesamtschule eingetreten sind. Mit Übergangsquoten von unter 30% fallen die Landkreise Holzminden, Aurich, Oldenburg-Land und Leer aus dem Rahmen.

Der geringen Gesamtschuldichte entsprechend sind landesweit nur 5,6% der Viertklässler auf eine Integrierte Gesamtschule übergegangen. An den IGS-Standorten war dagegen die mit einem Neuerrichtungsverbot belegte Schulform teilweise so stark nachgefragt, dass aus Kapazitätsgründen Losverfahren durchgeführt werden mussten. Die Anteile am Schülerjahrgang betragen in

Hannover	23,6 %
Braunschweig	18,0 %
Oldenburg	16,1 %
Helmstedt	15,0 %
Wilhelmshaven	20,8 %
Wolfsburg	17,5 %
Aurich	15,7 %

Die Hauptschule blutet weiter aus. Die hektischen Versuche des Kultusministers, die Hauptschule mit immer neuen Reformmaßnahmen attraktiver zu machen, sind sang- und klanglos gescheitert. Nach Angaben des Kultusministeriums empfehlen die Grundschulen für 26,6 Prozent aller Schülerinnen und Schüler den Besuch der Hauptschule. Dass sich fast die Hälfte aller Eltern gegen die Schullaufbahnempfehlung entscheidet zeigt, dass die Eltern schlicht kein Vertrauen in diese Schulform haben. Das liegt ganz sicher nicht an den Lehrerinnen und Lehrern, die unter zum Teil schwierigen Bedingungen hervorragen

gende Arbeit leisten. Die neue Schulstruktur ist – anders als es der Kultusminister immer glauben machen will – nicht durchlässig. Das wissen die Eltern ganz genau und melden ihre Kinder deshalb im Zweifelsfall lieber für die höhere Schulform an. Nach der neuesten PISA-Studie ist der Leistungsabstand zwischen Schülerinnen und Schülern an Hauptschulen und Realschulen auch im Bundesvergleich alarmierend hoch.

Vor dem Hintergrund des »anhaltenden Siechtums« der Hauptschule ist es geradezu grotesk, wenn der Kultusminister Kooperationen zwischen den verschiedenen Schulformen einschränkt. Haupt- und Realschulen müssen vor Ort eng kooperieren. Nur so können die Schülerinnen und Schüler gezielt gefördert werden. Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass die Politik der Landesregierung in Bezug auf die Hauptschule grandios gescheitert ist.

Den Hochschulen in Niedersachsen droht der Kollaps

Das Land Niedersachsen ist auf den absehbaren Anstieg der Studierendenzahlen in den kommenden fünf bis sechs Jahren nicht vorbereitet. Es wird im Jahr 2011 fast doppelt so viele Studienanfängerinnen und -anfänger geben wie heute.

Doch anstatt schon jetzt Konzepte für den Run auf die Hochschulen zu entwickeln, verharmlost Wissenschaftsminister Stramm das Problem. Vielmehr baut das Land sogar weiter dringend benötigte Studienplätze ab, kritisierte die Hochschulexpertin Alice Graschtat. Nach Angaben des Wissenschaftsministeriums hat das Land durch das »Hochschuloptimierungskonzept« seit 2003 4.200 Studienplätze verloren.

Die amtliche Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK) geht davon aus, dass die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger in Niedersachsen bis 2010 um 22

Prozent steigt. 2011 wird das Problem zusätzlich dadurch verschärft, dass in Niedersachsen und einigen anderen Bundesländern durch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur ein »doppelter Abiturjahrgang« in die Hochschulen strömt. Allein in Niedersachsen werden dann 55.400 Schülerinnen und Schüler die Hochschulreife erlangen, im Jahr 2005 waren es 24.300.

Schon heute sind an den niedersächsischen Hochschulen weit mehr Studierende eingeschrieben als eigentlich zu verkraften sei. Wenn die Studenten in den Hörsälen stehen müssen und monatelang



Alice Graschtat, stellv. Arbeitskreisvorsitzende für Wissenschaft und Kultur

auf einen Arbeitsplatz im Labor warten, ist das auf Dauer nicht hinnehmbar. Der Anteil der zulassungsbeschränkten Studiengänge ist in Niedersachsen seit dem Regierungswechsel massiv gestiegen. Gegenwärtig sind 65,6 Prozent aller Studienplätze zulassungsbeschränkt, weil es mehr Bewerberinnen und Bewerber als Studienplätze gibt. Vor drei Jahren waren es »nur« 57,0 Prozent. Besonders dramatisch stellt sich die Lage an den Fachhochschulen dar: Dort sind 88,8 Prozent der Studienplätze zulassungsbeschränkt.

Impressum

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Tobias Dünow (E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)
Thilo Scholz (E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider (E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

Perspektiven für den Ländlichen Raum durch Förderung nachwachsender Rohstoffe

SPD fordert, die Chancen für die Niedersächsische Land- und Forstwirtschaft besser nutzen

Nachwachsende Rohstoffe sind das Zukunftsfeld für unserer Land- und Forstwirtschaft in Niedersachsen. »Wir haben die Flächen, wir haben die Technik und wir haben das Wissen in diesem neuen Tätigkeitsfeld eine Spitzenposition einzunehmen«, ist sich Karin Stief-Kreihe sicher.

Dafür brauchen wir ein Gesamtkonzept und eine Strategie zur Förderung der nachwachsenden Rohstoffe für Niedersachsen. Dazu muss die Landesregierung endlich tätig werden. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat dazu einen Antrag (Drs. 15/ 2318) im November-Plenum eingebracht, der auch auf die Zustimmung von CDU und FDP stieß.

Gerade vor dem Hintergrund steigender Ölpreise wächst die Bedeutung nachwachsender Rohstoffe als Energieträger. Die Ressource Rohöl wird immer knapper. Die Alternativen sowohl für die energetische Nutzung als auch in der stofflichen Verwertung wachsen auf unseren Feldern und in unseren Wäldern. Das müssen wir sehr viel stärker als bisher nutzen. Das schafft neue und sichere Arbeitsplätze im

ländlichen Raum. Gleichzeitig tun wir etwas für den Klimaschutz.

Die Vielseitigkeit der nachwachsenden Rohstoffe zeigt sich eindrucksvoll in den möglichen Einsatzfeldern: Holz kann als Baustoff und zur energetischen Verwertung genutzt werden. Ölpflanzen wie Raps oder Sonnenblumen eignen sich zur Biodiesel- oder Schmierstoffproduktion. Pflanzenstärke aus Kartoffeln, Mais oder Weizen dient als Ausgangsstoff für Kleber, als Biokunststoff oder als Zuschlagstoff für die Papierindustrie. Rübenzucker kann zur Herstellung von Tensiden oder Biokunststoffen verwendet werden. Pflanzenfasern aus Flachs oder Hanf finden Einsatz als Verbundwerkstoffe in der Automobilindustrie oder als Dämmstoffe.

Um dieses große Potenziale voll ausschöpfen zu können muss eine enge Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sichergestellt werden. Dazu fordern wir die Landesregierung auf. Das ist wichtig, denn wir müssen uns nicht einbilden, dass wir morgen oder übermorgen auf Erdöl basierende Produkte 1:1 durch nachwachsende Rohstoffe ersetzen können.

Wir brauchen Forschung und Entwicklung neuer Produktlinien und dabei darf eben gerade die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe nicht vernachlässigt werden.

Die SPD-Landtagsfraktion wird das Thema »Nachwachsende Rohstoffe« kontinuierlich mit parlamentarischen Initiativen weiter voranbringen.

Nagelprobe für Ehlen – keine überzeugende Vorstellung beim Gammel-Fleisch-Skandal Minister bleibt viele Antworten schuldig

Die von der SPD-Landtagsfraktion beantragte Aktuelle Stunde: »Immer neue Fleischskandale in Niedersachsen – Land versagt beim Verbraucherschutz« war geprägt durch verschüchterte Regierungsfractionen.

Keiner wollte so recht Landwirtschaftsminister Ehlen zur Seite springen als dieser versuchte, die zahlreichen Fragen von SPD und Grünen zum Ekel-Fleisch aus Lastrup und Lindern zu beantworten. »Irgendwas stinkt hier« – treffender hätte man die Situation um einen weiteren Lebensmittelkandal in Niedersachsen nicht beschreiben können.

Der Minister wiegelte ab. Die Kontrollen seien korrekt verlaufen und man könne den Behörden keinen Vorwurf machen. Und trotzdem: Vergammeltes Fleisch ist in den Verkauf gekommen. Auch wenn der Minister dies nicht erklären kann – die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen Antworten. Dies ist wohl das Mindeste was sie von ihrem Verbraucherschutzmi-

nister erwarten dürfen, findet Karin Stief-Kreihe.

Auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern sei klar, dass es keine 100%ige Sicherheit geben könne, auch wenn die Kontrollen noch so intensiv und die Kontrolleure noch so zahlreich seien. Gegen Kriminelle sei kein Kraut – und keine Kontrolle – gewachsen. Aber ein Minister der sich hinstellt und so tut als sei alles in Ordnung, schaffe ganz bestimmt kein Vertrauen. Die Vorstellung jedenfalls war kläglich und Herr Ehlen sollte manchmal weniger Landwirtschafts- und dafür mehr Verbraucherschutzminister sein. Das würde auch den ordentlich arbeitenden Betrieben weiterhelfen und den Verbraucherinnen und Verbrauchern alle Mal.



Karin Stief-Kreihe, agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Die Versorgung Schwerstkranker und Sterbender endlich ernstnehmen Von der Leyen muss vielen warmen Worten nun Taten folgen lassen

Seit über einem Jahr liegt der Beschluss des Landtages auf dem Schreibtisch der Sozialministerin: Am 28. Oktober 2004 beauftragte das Landesparlament einstimmig (!) die Landesregierung u.a. damit, ein »Konzept für die Weiterentwicklung der palliativmedizinischen Versorgung in Niedersachsen [...] vorzulegen.«

Geschehen ist seitdem nichts – oder besser gesagt fast nichts. Denn über Fensterreden und unverbindliche Ankündigungen ist Frau von der Leyen seitdem nicht hinaus gekommen.

Am 11. November 2005 debattierte der Landtag zum wiederholten Male die immer noch mangelhafte Versorgung Schwerstkranker und Sterbender in Niedersachsen. Uwe Schwarz, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, machte dabei auf die für die Betroffenen unerträgliche und von Experten heftig kritisierte Untätigkeit der Sozialministerin aufmerksam.

Gemessen an der Einwohnerzahl liegt Niedersachsen im bundesweiten Vergleich bei der Ausstattung mit Palliativbetten und Hospizen weit hinten. Für die SPD-Landtagsfraktion schlug Schwarz deshalb den landesweiten Aufbau von 8 bis 10 so genannten Care-Teams vor.

Er lobte in diesem Zusammenhang ausdrücklich den vielfachen persönlichen, ehrenamtlichen Einsatz für Schwerstkran-

ke und Sterbende als »wichtig und hilfreich.« Fachleute teilten allerdings nicht die Einschätzung der CDU, wonach ehrenamtliche Stützpunkte ausreichen. Schwarz: »Was wir brauchen sind verlässliche Strukturen und medizinische, pflegerische Professionalität.«

Wenn sich die Sozialministerin nicht bald bequemt, steht darüber hinaus das palliativmedizinische »Support«-Projekt in Göttingen vor dem Aus. Obwohl von der Leyen in der Vergangenheit die Arbeit von »Support« als außerordentlich erfolgreich und überparteilich ausgerichtet lobte, sind bislang von der Landesregierung für das Jahr 2005 offenbar keine Gelder geflossen.

Auch für 2006 gibt es bisher keine Finanzzusagen des Sozialministeriums. Dabei ist »Support« auf Spenden und Landesunterstützung angewiesen. Inzwischen mussten sich bereits die ersten Mitarbeiterinnen vorsorglich arbeitslos melden, um im Falle des Auslaufens von »Support« zum Jahreswechsel Arbeitslosengeld beziehen zu können.



Uwe Schwarz,
sozialpolitischer Sprecher

»Ein besonders grotesker Vorgang« so Schwarz, »wenn man sich vorstellt, dass am 13.10.2005 der erste Spatenstich für das Palliativzentrum der Universität Göttingen stattfand, aber gleichzeitig »Support« ausläuft, weil die Landesregierung keine Gelder für das allseits anerkannte Projekt bereitstellt.«

Materialliste

Flugblätter zu Wulffs Halbzeitbilanz

Hochschulpolitik: Keine Chance für die Wissenschaft

Landwirtschaftspolitik: Ländlicher Raum wird abgehängt

Kultuspolitik: Schulpolitik – sparen und tricksen statt fördern und optimieren

Umweltpolitik: Keine Lobby für die Umwelt

Innenpolitik: Innenpolitik mit Rambo Schünemann

Wirtschaftspolitik: Niedersachsens Wirtschaft fällt zurück

Justizpolitik: Rechtsstaat infrage gestellt

Sozialpolitik: »Soziale Eiszeit« in Niedersachsen

Format: DIN-A-4 – Farbe: schwarz-rot – Kosten: 3 Cent/Stück zuzüglich Porto

Flugblatt »Volksbegehren für den Erhalt des Blindengeldes – Gegen soziale Kälte in Niedersachsen.«

Format: DIN-A-4 – Farbe: schwarz-weiß – Kosten: keine

Plakate

Plakat »Volksbegehren für den Erhalt des Blindengeldes – Gegen soziale Kälte in Niedersachsen.«

Format: DIN-A-1 Hochformat – Farbe: schwarz-rot – Kosten: keine

Ankündigungssplakat Wolfgang Jüttner

Format: DIN-A-1 Hochformat – in Farbe – Kosten: 0,90 Euro/Stück zuzüglich Porto

Weitere Informationsmaterialien im Internet unter: <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=6532&lang=de>



CDU-Justizministerin vertuscht die Folgen der weitestgehenden Abschaffung des bürgerfreundlichen Widerspruchsverfahrens

»Die Bürger klagen und die Gerichte sind überlastet. Dennoch vertuscht die CDU-Justizministerin nach wie vor die negativen Auswirkungen der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens«, erklärte die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Heike Bockmann.

Wie die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der SPD zeigt, hat Abschaffung des Widerspruchsverfahrens zu einem massiven Anstieg der Eingangszahlen bei den Verwaltungsgerichten geführt. Dort hat die Arbeitsbelastung einen historischen Höchststand erreicht: In den von der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens betroffenen Rechtsgebieten sind die Eingangszahlen bei den Verwaltungsgerichten in den ersten drei Quartalen des Jahres 2005 um sage und schreibe 40 Prozent angestiegen.

Die Folgen der Arbeitsüberlastung der Verwaltungsgerichte treffen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger (für die der Rechtsschutz komplizierter und teurer geworden ist). Auch die Verwaltungsgerichte (die die Mehrbelastung ohne zusätzliches Personal bewältigen müssen) und sogar die Sozialgerichtsbarkeit bekommen die Folgen dieser Entscheidung zu spüren. Seit dem 1. Januar 2005 sind die Sozialgerichte für Sozialhilfeangelegenheiten zuständig, die bis dahin bei den

Verwaltungsgerichten angesiedelt waren. Niedersachsen hat es als einziges Bundesland versäumt, den durch Zuständigkeitsverlagerung vorhersehbaren Personalmehrbedarf in der Sozialgerichtsbarkeit durch eine Verlagerung von Stellen aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit Rechnung zu tragen. Während in allen anderen Bundesländern Kapazitäten bei den Verwaltungsgerichten frei wurden, kam es bei den niedersächsischen Verwaltungsgerichten trotz Abgabe der Sozialhilfe-Verfahren an die Sozialgerichtsbarkeit zu einem Verfahrensanstieg. Aufgrund dieser Auswirkungen der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens konnte der Personalmehrbedarf der Sozialgerichtsbarkeit nicht aus den Reihen der Verwaltungsgerichtsbarkeit gedeckt werden.

»Die Landesregierung hat auf einen Streich sowohl die Verwaltungs- als auch die Sozialgerichtsbarkeit an die Wand gefahren. Das Experiment Abschaffung des Widerspruchsverfahrens ist damit kläglich gescheitert«, erklärte Heike Bock-



Heike Bockmann, rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

mann. »Jetzt rächt sich, dass es die CDU-Justizministerin im Zuge der Abschaffung der Bezirksregierungen versäumt hat, eine Kostenabwälzung vom Innen- auf das Justizressort zu verhindern. Sie steht nunmehr in der Pflicht, durch Einstellung von zusätzlichen Richtern für eine Entlastung der Verwaltungs- und Sozialgerichte sorgen«, fordert Bockmann.

Umorganisiert und demotiviert – Schlechte Stimmung in der Polizei SPD will wissenschaftlich abgesicherte Erfolgskontrolle der Polizeireform

»Wenn die Polizeireform tatsächlich so gut wäre, wie der Innenminister immer behauptet, dann hätte die Landesregierung keinen Grund, sich derart vor dem Zorn der Polizei zu fürchten«, erklärte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Heiner Bartling.

Die SPD hatte in einem Entschließungsantrag gefordert, die bereits in den Jahren 1991 und 2001 durchgeführte wissenschaftliche Befragung zur Berufszufriedenheit der Polizei im Jahr 2006 zu wiederholen.

Dabei sollen die niedersächsischen Polizistinnen und Polizisten auch nach ihren Erfahrungen mit der von CDU und FDP auf den Weg gebrachten Polizeiorganisationsreform befragt werden. Sowohl die Regierungsfractionen als auch der Innenminister haben daraufhin im Landtag angekündigt, diesen Antrag abzulehnen. Bartling wertete es als ein »überraschendes Eingeständnis von Angst«, dass sich die Landtagsmehrheit mit fadenscheinigen Ausreden um eine solche Befragung zu

drücken versuche: »Es liegen Welten zwischen der Wahrnehmung des Innenministers und der tatsächlichen Situation bei den Polizistinnen und Polizisten.

Die Landesregierung hat die Arbeitsbedingungen in der Polizei drastisch verschlechtert. Zusammen mit der zentralistischen Organisationsreform hat das dazu geführt, dass sich die Stimmung in der Polizei katastrophal verschlechtert hat«, erklärte Bartling. »Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten hervorragende Arbeit. Sie haben ein Anrecht darauf, dass ihre Berufszufriedenheit untersucht wird.« Es sei »Gift für die Motivation« der Beamtinnen und Beamten, dass ihr oberster Dienstherr ihre Situation schönzureden versuche.



Heiner Bartling, innenpolitischer Sprecher

Neoliberale Betonköpfe zementieren zusätzliche Bürokratie in Gemeindeordnung CDU/FDP-Landtagsmehrheit ändert kommunales Wirtschaftsrecht

Durch eine Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung wurde ein neues, kommunales Rechnungswesen in Niedersachsen eingeführt und das kommunale Wirtschaftsrecht geändert. Während die Einführung der Doppik auf Zustimmung der SPD-Landtagsfraktion traf, begegnete die Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts massivem Widerstand, denn dadurch wurde die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen erheblich eingeschränkt.

Ursprünglich hatten auch führende Kommunalpolitiker in der CDU die von der FDP nun durchgesetzte Änderung abgelehnt, denn die Neuordnung hat massive Auswirkungen auf die Kommunen. Schon nach geltendem Recht dürfen sich Gemeinden nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn der Zweck nicht besser und wirtschaftlicher durch einen anderen erfüllt werden kann. Die jetzt von CDU und FDP beschlossene Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts bezweckt jedoch die weitergehende Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung überall dort, wo Private Geschäfte machen können.

In Zukunft muss die Stadtverwaltung ausführlich begründen, warum beispielsweise die Haushaltspläne nicht bei einer privaten Druckerei, sondern von der Verwaltung selbst gedruckt werden. Das schafft neue Bürokratie, weil viele private Dienstleister versuchen werden, auf dem Rechtsweg an Aufträge etwa in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasser- oder Müllentsorgung zu kommen, die dem Kernbereich der Daseinsvorsorge zuzurechnen sind.

CDU und FDP vergessen dabei, dass die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Bestandteil der Selbstverwaltungsgarantie ist, weil sie zur Erledigung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft erfolgen kann und darf. Die Beseitigung und Entsorgung von Abfällen und Abwässern sind deshalb keine wirtschaftliche Betätigung im Sinne des Gemeindegewirtschaftsrechts, sondern Aufgaben der Daseinsvorsorge. Ebenso sind kommunale Bauhöfe und die Unterhaltung gemeindeeigener Einrichtungen generell Kernaufgaben der Kommunalverwaltung und keine wirtschaftliche Betätigung.

Wie wichtig öffentliche Daseinsvorsorge ist, hat sich erst jüngst anlässlich der Hurrikan-Katastrophe in den Vereinigten Staaten gezeigt. Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion ist es weder wünschenswert noch hinnehmbar, dass die viel beschworene Reduzierung des Staates auf seine Kernaufgaben im Ergebnis zu einer derartigen Handlungsunfähigkeit des Staates führt. Größte Sorge ist allerdings, dass die jetzt beschlossene Gesetzesänderung zu einer vermeidbaren Aufblähung des bürokratischen Aufwandes und zu einer Vielzahl von Klageverfahren führen wird. Private werden sich – im Ergebnis zu Unrecht – darauf berufen, sie dürften im Be-



Jutta Rübke,
Mitglied im Innenausschuss

reich der kommunalen Daseinsvorsorge tätig werden, obwohl die kommunale Betätigung in diesem Bereich keine »Wirtschaftliche Betätigung« im engeren Sinne ist.

»Vor diesem Hintergrund blieb uns keine Wahl: Trotz unserer grundsätzlich zustimmenden Haltung zur Neuordnung des kommunalen Rechnungswesens haben wir dieses Gesetz ganz entschieden abgelehnt«, erklärte Jutta Rübke, zuständiges Mitglied der SPD-Fraktion im Innenausschuss des Landtags.

Neu im Landtag (Teil 1)

In der Landtagssitzung im November rückten für die SPD zwei neue Abgeordnete nach. Christa Elsner-Solar und Hans-Christian Schack folgen Sigmar Gabriel und Thomas Oppermann, die in den Bundestag gewählt wurden.

Christa Elsner-Solar vertrat bereits von 1994 bis 2003 den Wahlkreis Hannover-Südwest im Landtag. Die ausgewiesene Sozialexpertin (Jahrgang 1946) stammt ursprünglich aus Einbeck, wo sie nach der Volksschule eine Erzieherinnenausbildung absolvierte. Nach einem Sozialpädagogikstudium arbeitete sie bis zu ihrem Einzug in den Landtag in Einrichtungen der evangelischen Kirche, des Diakonischen Werkes und der AWO. Der SPD trat Christa 1972 bei und ist seitdem in verschiedenen Funktionen aktiv. Im Landtag wird sie die SPD im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vertreten.

Weitere Informationen im Internet unter: <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=7601&lang=de>



Christa Elsner-Solar, MdL

Das Festival Theaterformen wird fortgesetzt

Im Frühjahr scheiterten die Verhandlungen, das bundesweite Festival »Theater der Welt« nach Hannover zu holen. Dies machte deutlich, dass es vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur keine Kraftanstrengungen gab, das niedersächsische Festival »Theaterformen« fortzusetzen.

Im Gegenteil: Es war zu befürchten, dass die Landesregierung nun auch noch bei dem Festival »Theaterformen« in Agonie verfallen würde. Dieser Stillstand war Anlass für den Entschließungsantrag »Theaterformen in Niedersachsen fortsetzen« (Drs. 15/2023).

Welche Bedeutung hat das Festival »Theaterformen« für Niedersachsen?

- Die »Theaterformen« finden in Braunschweig und Hannover statt und stellen inzwischen eines der wichtigsten Theaterfestivals Deutschlands dar.
- Nationale und internationale Theaterentdeckungen werden bei diesem Festival vorgestellt. Für viele Regisseure und Gruppen ist das Festival der Grundstein für ihren Weg in deutsche Staatstheater.
- Die Theaterformen waren konzeptionell als Biennale angelegt. Dies macht auch Sinn, wenn man die Kontinuität eines Festivals erhalten und damit die Zuschauer binden will.

Der Oberbürgermeister Gert Hoffmann der Stadt Braunschweig warnte das Ministerium eindringlich vor einem Verzicht auf die Theaterformen, die für die wichtige Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Ausdrucksformen des Theaters stünden. Er kündigte an, den städtischen Zu-

schuss für die Theaterformen von 110.000 Euro auf 330.000 Euro zu verdreifachen. Die Stadt Hannover erklärte nach wie vor ihr großes Interesse an der Fortsetzung dieses Festivals. Hannover plant, sich auch weiterhin an den Gesamtkosten des Festivals von rd. 800.000 Euro zu beteiligen. Die Intendanten vom Schauspielhaus in Hannover, Wilfried Schulz, und vom Staatstheater in Braunschweig, Wolfgang Gropper, setzen sich leidenschaftlich für die Fortsetzung des Festivals in Niedersachsen ein.

Fazit:

Wichtige Partner für das Festival waren und sind vorhanden. Nach einer intensiven Debatte in Ausschuss ist es gelungen das Kulturministerium aus dem Dornröschenschlaf zu wecken und die Theaterformen ab 2007 als Biennale weiterzuführen.

Es gab eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ die Grünen und der CDU-Fraktion.

Leider hat die FDP-Fraktion im letzten Moment darauf bestanden, die gemeinsam gefundene Formulierung hinsichtlich der zu gewährleisteten Finanzierung durch das Ministerium unter Einbeziehung der Städte Hannover und Braunschweig zu ändern. Die FDP-Fraktion will das Han-



Christina Bührmann,
kulturpolitische Sprecherin

deln des Ministeriums nur noch auf Koordinierungsaufgaben reduzieren. Diese Formulierung wird der Aufgabe des Ministeriums nicht gerecht.

Der Verdacht ist auch nach Aussagen der FDP im Ausschuss nicht von der Hand zu weisen, dass die FDP kneift und sich ein Hintertürchen offen lassen will. Schade! Hatte sich doch gerade der FDP-Fraktionsvorsitzender, Herr Rössler, als Retter und Kenner der freien Theater aufspielen wollen.

Aber: Kultur lebt nicht von kurzfristigen Hurrarufen, sondern von kontinuierlicher verlässlicher Zusammenarbeit.

Neu im Landtag (Teil 2)

In der Landtagssitzung im November rückten für die SPD zwei neue Abgeordnete nach. Christa Elsner-Solar und Hans-Christian Schack folgen Sigmar Gabriel und Thomas Oppermann, die in den Bundestag gewählt wurden.

Hans-Christian Schack wurde 1942 in Rastede geboren. Nach seiner Lehre als Starkstromelektriker arbeitete er als Schiffselektriker in Hamburg und als Bordelektriker. Nach seiner Elektromeisterprüfung war er bis zu seinem Einzug in den Landtag 1986 und während seiner »Landtagspause« 2003 bis 2005 als Ausbilder tätig. 1971 trat Hans-Christian der SPD bei und war u.a. Bürgermeister der Gemeinde Ganderkesee. Daneben ist er Landesvorsitzender des Technischen Hilfswerks Niedersachsen. Wie in der vergangenen Legislaturperiode ist er Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

Weitere Informationen im Internet unter: <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=7591&lang=de>



Hans-Christian Schack, MdL

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

21.11.2005 von 10:00 bis 16:30 Uhr

Symposium zum geplanten Verkauf der Landeskrankenhäuser
Hotel Wienecke XL, Hildesheimer Str. 380, 30519 Hannover
Weitere Infos im Internet unter www.spd-landtag-nds.de

22.11.2005 von 12:00 bis 14:00 Uhr

Fraktionsvorstand

Präsidentensuite, Restaurant Leineschloss/Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

22.11.2005 von 14:00 bis 16:00 Uhr

Fraktionssitzung

Raum 122, Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

22.11.2005 von 17:00 bis 19:00 Uhr

Das neue Niedersächsische Hochschulgesetz – Abschied von der selbstverwalteten Hochschule?

Diskussionsveranstaltung mit Dr. Gabriele Andretta (MdL), Dr. Uwe Reinhardt (Staatssekretär a.D.), Daniel Josten (Sprecher Landesastenkonzferenz), Brigitte Just (Gleichstellungsbeauftragte), Sabine Kiel (stellv. GEW-Vorsitzende Niedersachsen) und Prof. Dr. Rolf Hüper (FH Hannover)

Weitere Infos im Internet unter www.spd-landtag-nds.de
Raum 122, Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

25.11.2005 von 15:00 bis 18:00 Uhr

Kommunalpolitische Fachtagung

Raum 122, Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

29.11.2005 von 12:00 bis 14:00 Uhr

Fraktionsvorstand

Präsidentensuite, Restaurant Leineschloss/Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

29.11.2005 von 14:00 bis 16:00 Uhr

Fraktionssitzung

Raum 122, Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

06.12.2005 von 12:00 bis 14:00 Uhr

Fraktionsvorstand

Präsidentensuite, Restaurant Leineschloss/Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

06.12.2005 von 15:00 bis 17:00 Uhr

Fraktionssitzung

Raum 122, Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

06.12.2005 von 17:00 bis 19:00 Uhr

Folgen der Studiengebühren in Niedersachsen? – Vorstellung der Expertise von Dr. Dieter Dohmen, FiBS

Raum 122, Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

07. bis 09.12.2005

Landtagsplenum

13.12.2005 von 12:00 bis 14:00 Uhr

Fraktionsvorstand

Präsidentensuite, Restaurant Leineschloss/Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

28.01.2006 von 15:00 bis 18:00 Uhr

Tagung der Mitglieder des »Niedersachsen-Netzwerkes«

Raum 122, Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Weitere Infos folgen im Internet unter www.spd-landtag-nds.de

02.02.2006 von 10:00 bis 16:30 Uhr

Polizeifachtagung

Foyer der IG BCE, Königsworther Platz 6, 30167 Hannover
Weitere Infos folgen im Internet unter www.spd-landtag-nds.de

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite www.spd-landtag-nds.de mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategie und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemittelungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.